Bürgerrat
Bildung und Lernen

Bürgerrat Bildung und Lernen

Empfehlungen für ein Sofortprogramm

Montag Stiftung
Denkwerkstatt

Foto: Christoph Soeder

Inhalt

Motivation 05
Positionen 06
Der Bürgerrat 08

Sofortprogramm 10
Kompetente Lehrkräfte 11
Berufsorientierung stärken 12
Gleiche Chancen für alle Schülerinnen und Schüler 13
Lebensnahes Lernen 14
Harmonisierung des Bildungssystems 15
Lernkultur: Individuelle Förderung im Fokus 16
Demokratie und Teilhabe an der Schule 17
Digitalisierung lernen 18

Stationen 20
Zufallsauswahl 26
Teilnehmende 28
Impressum 30

Foto: Christoph Soeder

Selbstverständnis der Teilnehmenden

Mit dem Bürgerrat Bildung und Lernen haben sich Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik Deutschland aus den verschiedensten Lebenshintergründen zusammengefunden, um aus der Erfahrungswelt der Bürgerschaft schöpfend der Bildungspolitik kritisch, beratend, prozessbegleitend und fordernd zur Seite zu stehen.

Der Bürgerrat Bildung und Lernen zeichnet sich durch seine Überparteilichkeit aus, agiert ungeachtet der Diversität von politischen Grundüberzeugungen und ist ein auf mehrere Jahre angelegtes Zukunftsprojekt, das durch Kontinuität und Qualität den Antrieb für Veränderung sichern soll. Er vertritt keine monetären Interessen.

In der Ist-Zustandsanalyse und im Abgleich mit den Erfordernissen moderner Bildung in einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung kommt der Bürgerrat Bildung und Lernen zu dem Schluss, dass gute Bildung ein Menschenrecht für die Individuen, die Daseinsvorsorge für die Gesellschaft und eine existentielle Investition in die Zukunft ist.

So wie unsere Gesellschaft sich rasant entwickelt hat und sich auch mit immer neuen Herausforderungen in Wirtschaft, Technologie, Natur und Gesellschaft konfrontiert sieht, muss sich das Konzept der Bildungsangebote an die Bürgerinnen und Bürger eben diesen Entwicklungen stellen. Der Bürgerrat Bildung und Lernen fordert die Politik auf, bei der Entwicklung von tragfähigen Bildungskonzepten hierfür geeignete Möglichkeiten zu schaffen. Scheinbare Grenzen sollten lösungsorientiert überwunden werden. Der Bürgerrat Bildung und Lernen fordert daher alle Politikerinnen und Politiker auf Bundes-, Länder- und kommunaler Ebene dazu auf, hinzuhören und in den aktiven Diskurs zu treten, damit zeitnah konkrete Maßnahmen umgesetzt werden.

Vor diesem Hintergrund ist der Bürgerrat Bildung und Lernen überzeugt, ein legitimes Mitspracherecht zu haben. Die Teilnehmenden des Bürgerrats haben für dieses erste Sofortprogramm acht Themenfelder herausgearbeitet und formuliert, die mit Priorität bearbeitet werden sollen.

Bildung ist die wertvollste Ressource Deutschlands!

Auszüge aus den Positionen des Bürgerrats Bildung und Lernen

Gleiche Chancen für alle Schülerinnen und Schüler – Ein gutes Bildungssystem gleicht soziale Unterschiede aus.

SEITE 13

Unterrichtsbeginn auf 9 Uhr verlegen – Ausgeschlafene Schülerinnen und Schüler lernen besser.

SEITE 14

Berufsorientierung im Lehrplan verankern – Einblicke in unterschiedliche Berufsfelder helfen bei der Berufswahl und erhöhen die Wertschätzung für andere Berufe.

SEITE 12

IT-Experten an Schulen bringen – Lehrkräfte brauchen Unterstützung, damit sie guten Unterricht gestalten können.

SEITE 18

Lehrkräfte besser auswählen, weiterbilden und unterstützen – Gut geschulte und zufriedene Fachkräfte sind die Basis eines guten Bildungssystems.

SEITE 11

Schulen zu Orten demokratischen Zusammenlebens umgestalten – Demokratie muss erlernt werden. Demokratische Bildung wirkt Polarisierung entgegen.

SEITE 17

Der Bürgerrat Bildung und Lernen

Der Bürgerrat Bildung und Lernen wurde von der unabhängigen, gemeinnützigen Montag Stiftung Denkwerkstatt aus Bonn Ende 2020 ins Leben gerufen. Das Projekt ist zunächst auf drei Jahre bis Ende 2023 angelegt. Ein Durchlauf dauert jeweils ein Jahr – von der Online-Beteiligung bis zum Bürgergipfel.

Die Montag Stiftung Denkwerkstatt übernimmt die Verantwortung für den Rahmen, in dem die Beratungen der Bürgerinnen und Bürger stattfinden, ist jedoch nicht an der Themenfindung und Erarbeitung der Empfehlungen beteiligt. Organisiert und moderiert wird der Bürgerrat Bildung und Lernen im Auftrag der Montag Stiftung Denkwerkstatt von IKU_Die Dialoggestalter.

Ziel des Bürgerrats Bildung und Lernen ist es, Menschen zusammenzubringen, die gemeinsam Lösungen und Ideen für eine zukunftsfähige Bildungspolitik entwickeln und diese als konkrete Empfehlungen für ein Sofortprogramm an die politisch Verantwortlichen von Kommunen, Bund und Ländern geben. Der Bürgerrat Bildung und Lernen setzt sich zusammen aus zufällig ausgelosten Teilnehmenden ab 16 Jahren aus ganz Deutschland.

Anhand regelmäßiger Reflektion und Evaluation aus verschiedenen Perspektiven werden Arbeitsweisen des Bürgerrats über seine Laufzeit hinweg angepasst und weiterentwickelt. Der Bürgerrat Bildung und Lernen versteht sich als lernendes Projekt.

Die Kinder- und Jugendbeteiligung

In einem separaten Prozess entwickeln Kinder und Jugendliche zwischen acht und 16 Jahren eigene Perspektiven, Ideen und Empfehlungen zum Thema „Wie wollen wir lernen?“. Damit bringen sie wichtige Impulse in die Arbeit des Bürgerrats ein.

Die Kinder- und Jugendbeteiligung ist 2021 zunächst als Pilotprojekt mit fünf Schulwerkstätten in mehreren Bundesländern gestartet. Das Projekt wird kontinuierlich weiterentwickelt und auf eine breitere Basis gestellt.

Online-Dialog & Vorbereitungsworkshop
Oktober 2020 – Februar 2021:
In einem öffentlichen Online-Dialog werden Themen und Ideen gesammelt. 03.2021: 20 Zufallsbürger/-innen legen (mit Unterstützung durch Expert/-innen), die übergreifenden Themenfelder des Bürgerrats fest.

Zufallsauswahl
Ab Februar 2021:
Sozialforscher/-innen gewinnen mit einem Zufallsverfahren rund 700 Bürger/-innen in ganz Deutschland. Fokus: Beteiligung junger Menschen und Einbindung wenig beteiligungsaffiner Schichten und Milieus. Ziel: Querschnitt der Gesellschaft.

Bürger- & Jugendforum Mai 2021:
Im überregionalen Online-Bürger- und Jugendforum debattieren rund 400 zufällig ausgewählte Bürger/-innen ihre bildungspolitischen Herausforderungen und entwickeln insgesamt 50 Lösungsvorschläge für bessere Bildung.

Zentraler Bürgerrat
September 2021:
Der zentrale Bürgerrat (100 Teilnehmende aus Bürgerforen und Zufallsauswahl) wählt Themen zur Vertiefung aus und entwickelt dazu konkrete Handlungsempfehlungen. Kinder und Jugendliche aus den Schulwerkstätten bringen ihre Ideen in den Bürgerrat ein.

Redaktionssitzung
Oktober 2021:
Freiwillige, ausgeloste Botschafter/-innen formulieren die Handlungsempfehlungen und das Selbstverständnis des Bürgerrats Bildung und Lernen aus.

Bürgergipfel
November 2021:
Rund 50 Botschafter/-innen des Bürgerrats Bildung und Lernen geben die Empfehlungen an Politiker/-innen aus Bund, Ländern und Kommunen und debattieren die Möglichkeiten der Umsetzung.

Fotos: Christoph Soeder

Sofortprogramm Die Forderungen des Bürgerrats Bildung und Lernen

Die Teilnehmenden des Bürgerrats Bildung und Lernen haben in Arbeitsgruppen und im Plenum Ideen und Empfehlungen ausgearbeitet. Daraus entstanden acht zentrale Forderungen. Bei diesen acht Themen sieht der Bürgerrat aktuell den größten Handlungsbedarf. Das Sofortprogramm stammt im Wortlaut von den Bürgerinnen und Bürgern.*

Foto: Christoph Soeder

Kompetente Lehrkräfte

Der Bürgerrat fordert, dass die Bildungspolitik die Auswahl, Ausbildung, Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften reformiert und so eine Basis schafft, die guten Unterricht möglich macht.

- Bereits bei der Zulassung zu Lehramtsstudiengängen dürfen nicht nur Noten herangezogen werden. Es sollte auch die Feststellung der psychologischen Eignung in Betracht gezogen werden. Dazu müssen geeignete Tests entwickelt werden. Häufigere, zeitigere und kontinuierliche Praxiserfahrungen sollen den Bewerberinnen und Bewerbern einen besseren Einblick in den Beruf geben, für mehr Sicherheit im Umgang mit Schülerinnen und Schülern sorgen und so ermöglichen, die Berufswahl zu überprüfen.

- Im Berufsalltag selbst muss ein verpflichtendes Feedbacksystem (Coaching, Supervision) mit entsprechendem Fachpersonal installiert werden. Teamteaching als Möglichkeit der gegenseitigen Unterstützung und Selbstreflexion darf nicht die Ausnahme, sondern muss fester Bestandteil des Schulalltags sein. Förderlich in diesem Prozess sind kleine Klassen (20 Kinder) sowie individuelle Lernbegleiterinnen und -begleiter.

- Jede Lehrkraft wird dazu verpflichtet, sich im Rahmen von Fortbildungsmaßnahmen mit neuen Erkenntnissen der Pädagogik, Psychologie und Fachdidaktik auseinanderzusetzen. Auch solche Fortbildungsveranstaltungen bedürfen einer Überprüfung und Qualitätssicherung.

- Basis für die Qualitätssicherung im Bereich Bildung sind ausreichende finanzielle und personelle Ressourcen.

Für die Umsetzung dieser Forderungen sind vorrangig verantwortlich: Bund und Länder für die Ressourcen; die Schulbehörden für die Koordinierung; die Bildungseinrichtungen für die inhaltliche und organisatorische Umsetzung.

Diese Forderungen sind unverzichtbar, weil geeignete, kompetente, engagierte und zufriedene Lehrkräfte das Rückgrat des Bildungswesens sind. Eine wertschätzende, konstruktive Feedbackkultur erhöht die Qualität des Unterrichts und etabliert einen gesunden Umgang mit Kritik.

Junge Menschen benötigen empathische, sozial und pädagogisch gut geschulte Fachkräfte, die der sozialen Wirklichkeit der Schüler gerecht werden.

Berufsorientierung stärken

Wir fordern, dass die Bildungspolitik Lehrpläne so umstrukturiert, dass diese mit praktischen Lehr-/Lernmethoden vermittelt werden können. Dadurch wird das Erleben mit den eigenen Händen gefördert und Lerninhalte werden praktisch begreifbar, um auch nicht-digitale, praktische Kompetenzen zu stärken.

- Für eine bessere Persönlichkeitsentwicklung und Berufsorientierung betrachten wir eine stärkere Einbindung von offener Kinder- und Jugendarbeit in die Entwicklungsprozesse als zwingend notwendig.

- Darüber hinaus ist eine intensivere Kooperation mit Betrieben aus Handwerk, Industrie und Sozialberufen unabdinglich.

- Um die Wertschätzung von handwerklicher und praktischer Arbeit zu fördern und den Einblick in die Ausbildungsberufe zu vermitteln, fordern wir eine verpflichtende praktische Zeit zum Ende der Schulzeit im Umfang von maximal sechs Monaten.

- Bezogen auf alle Berufe fordern wir eine Berufsorientierung als Schulfach mit verpflichtenden jährlichen Projektwochen zu Beruf und Arbeit in allen Schulsystemen.

Diese Forderungen halten wir für unverzichtbar, weil ein großer Teil der Persönlichkeitsentwicklung durch eigenes Erleben und soziale Interaktion im non-formalen und informellen Bereich stattfindet und auch im schulischen Kontext das Lernen mit allen Sinnen deutlich nachhaltiger und motivierender ist.

Unsere Forderungen führen zu einer Wertschätzung der Berufe untereinander, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärkt und die Kenntnisse über die Vielfalt der Berufe erhöht.

Der und dem Einzelnen wird dadurch eine qualifiziertere Berufswahl ermöglicht. Hierdurch lassen sich Abbrecherquoten reduzieren und somit persönliche und wirtschaftliche Ressourcen einsparen.

Auch im Zuge der Digitalisierung werden praktische Kompetenzen und das interdisziplinäre Verständnis lebensnotwendig bleiben. Als Gegenpol zu einer immer medialeren und digitaleren Umwelt müssen auch Grundkompetenzen in praktischen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens gefördert werden.

Zur Umsetzung dieser Forderungen rufen wir sowohl Bund, Länder und Kommunen, sowie Unternehmen, Handwerks-, Industrie- und Handelskammern und Hochschulen zum gemeinsamen unbürokratischen Handeln auf.

Gleiche Chancen für alle Schülerinnen und Schüler

- In Deutschland bestimmen Herkunft, ökonomische und gesellschaftliche Stellung des Elternhauses immer noch stark den Bildungsweg eines Kindes. Gleiche Startbedingungen für den Bildungsweg sind die Grundvoraussetzung für die chancengleiche Teilhabe an der Gesellschaft und eine Grundlage für die Selbstwirksamkeit aller Schülerinnen und Schüler. Diese müssen von Gesellschaft und Politik ermöglicht und zugesichert werden. Ressourcen müssen bedarfsorientiert verteilt werden, unabhängig von Schulart und Durchsetzungsfähigkeit der Elternschaft.

- Der Bürgerrat fordert einen Zugang zur Bildung, der unabhängig von der sozialen Herkunft, der finanziellen Möglichkeiten und dem Elternhaus ist. Die finanzielle Unterstützung muss vor allem vom Staat, insbesondere den Kommunen mit Unterstützung des Bundes gegeben sein. Dabei sollte die Kommune ermöglichen, dass Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer ihre Bildungsstätte optimal für den Lernprozess gestalten können, um den besten Bildungsweg für jede Schülerin und jeden Schüler zu sichern.

- Eine gemeinsame Sprache ist die Grundvoraussetzung für eine gesellschaftliche Teilhabe. Der Bürgerrat fordert, dass Sprach- und Kompetenzerwerb bundesweit organisiert und gefördert wird. Der Zugang zu den Bildungs- und Fördermaßnahmen muss ortsunabhängig sein. Dies kann z.B. durch eine bundesweite digitale Lernplattform gewährleistet werden, die nicht nur Lerninhalte bereitstellt, sondern auch Online-Videokurse mit Lehrkräften beinhaltet. Hinzu fordern wir, dass Netzwerke und Kooperationen vor Ort auf- oder ausgebaut werden, um den Sozialraum um die Schule besser zu nutzen. Hiermit kann neben Freizeitangeboten auch ein Zugang zu Maßnahmen für den Sprach- und Kompetenzerwerb gewährleistet und gestärkt werden.

- Aktuell stehen Schülerinnen und Schüler oft vor Hindernissen, die sich aus Anforderungen an einen funktionierenden Lehrbetrieb ergeben. Deswegen fordert der Bürgerrat, dass an Bildungsstätten inklusiv und Schülerinnen- und Schüler-zentriert gearbeitet wird.

- Weiterhin fordert der Bürgerrat einen verpflichtenden Ethik- und Religionsgeschichtsunterricht ab der ersten Klasse. Dies ist unverzichtbar, denn die Aufteilung des Religionsunterrichts führt zur Separation der Schülerinnen und Schüler, wohingegen ein gemeinsamer Ethikunterricht zum gegenseitigen Verständnis beiträgt. Konfessioneller Unterricht sollte weiterhin als Wahlfach ermöglicht werden. Wir sehen hier die Landespolitik und insbesondere die Kultusministerien in Verantwortung.

- Der Bürgerrat fordert, dass flächendeckend in allen Bundesländern qualifiziertes Personal für die Nachmittagsbetreuung eingesetzt wird, um individuelle Förderung sicherzustellen. Dies ist besonders wichtig, da ein Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung ab 2026 bereits beschlossen ist und hierfür qualifiziertes Personal benötigt wird. Wir als Bürgerrat fordern zusätzlich, dass das Personal bereits zu Beginn und weiterhin während ihrer Ausbildung Berufserfahrung sammeln kann. Wir sehen hierbei die Landespolitik in Verantwortung.

Lebensnahes Lernen

- Schulbeginn um 9 Uhr

Ein Schulbeginn um 9 Uhr steht besser mit dem Biorhythmus der Schülerinnen und Schüler im Einklang. Ein Gleitzeitmodell fördert eine ausgeglichene psychische Gesundheit und entlastet den Arbeitsrhythmus der Eltern. Es soll möglich sein, sich bereits ab 8 Uhr betreut in der Schule aufzuhalten. Unterrichtsbeginn um 9 Uhr soll ermöglichen, dass die Schülerinnen und Schüler ausgeschlafen lernen. Die Wartezeit vor Schulbeginn könnte sinnvoll genutzt werden, z. B. mit letzten Absprachen vor einem Test. Dieses Modell würde eine effizientere Nutzung des Ganztagsmodelles nachmittags ermöglichen. Zusätzlich käme es zu einer Entlastung des Berufsverkehrs.

- Ein bundesweites, eigenes Fach für „Lebenskompetenz“

Die Fähigkeiten zum Meistern des Alltags sollen in einem Fach „Lebenskompetenz“ ab der Unterstufe vermittelt werden. Je nach Lebensabschnitt werden Fähigkeiten wie der Umgang mit Werkzeugen, Hauswirtschaft, Mietverträgen, Steuern, Versicherungen, Bewerbungen, Ernährung, Gesundheit, Bewegung etc. vermittelt. Die Verzahnung des theoretisch erlangten Wissens mit der Abwicklung der Aufgaben des Alltags würde die Persönlichkeit der Schülerinnen und Schüler physisch und psychisch stärken. Der Schulalltag würde besser in den Lebensalltag eingebettet und somit verhindern, dass Schülerinnen und Schüler nach dem Abschluss der Schule im Lebensalltag überfordert werden.

Im Rahmen eines solchen Faches wäre praxisnahes Lernen in Kooperation mit in der Umgebung vorhandenen Betrieben möglich. Solche Kooperationen würden den Stand der Kommunalpolitik gegenüber der Bildungspolitik im Bund behaupten.

- Eine wöchentliche Selbsteinschätzung des Wohlbefindens

Der Fokus auf das psychische Wohlbefinden rückt heute teilweise stark in den Hintergrund. Psychische Erkrankungen werden oft spät erkannt. Daher ist es wichtig, sich regelmäßig selbst zu reflektieren und damit bereits in frühem Alter (Grundschulalter) anzufangen.

Eine kurze wöchentliche Selbsteinschätzung des Wohlbefindens führt unseres Erachtens zu einer gesteigerten geistigen Gesundheit von Lehrerinnen und Lehrern, Schülerinnen und Schülern. Am Ende einer jeden Woche hilft ein einfaches Feedback anhand einer Skala, starke Ausschläge nach unten festzustellen und schneller intervenieren zu können – auch, wenn die Zufriedenheit in einer Klasse kollektiv sinkt. Die Selbsteinschätzung würde wenig Zeit in Anspruch nehmen, könnte aber Ausfällen der Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer entgegenwirken.

Ein solches System ließe sich z. B. mit einer App auf einem Tablet analog der Bewertung von Serviceangeboten öffentlicher Einrichtungen bereitstellen.

Harmonisierung des Bildungssystems

- Wir fordern, dass Bildungspolitik Bundessache wird! Um ein einheitliches Bildungssystem mit einheitlichen Lehrplänen als „roter Faden“ für alle Bundesländer gewährleisten zu können.

- Bei der Gestaltung der genannten Forderung braucht es einen Zusammenschluss verschiedener Bürgerinnen und Bürger aus den Bereichen: Wissenschaft, Wirtschaft, Schule, Elternvertretung und Schülervertretung.

- Des Weiteren müssen einheitliche Bildungsabschlüsse sichergestellt werden, vor allem im Bereich der Rahmenbedingungen für Prüfungen.

- Insbesondere muss Bildungsmobilität gegeben sein, die einen problemlosen Schulwechsel jederzeit ermöglicht.

- Folglich müssen für die geforderten Punkte die Ressourcen bundesweit zentral verteilt werden.

Unsere Forderungen sind unverzichtbar, weil die Mobilitätsanforderungen durch das derzeitige Bildungssystem nicht gedeckt werden. Durch unverzichtbare gleich hohe Qualität wird schulische Vergleichbarkeit geschaffen – und damit ein reibungsloser Übergang zu weiterführenden Bildungseinrichtungen. So entsteht Chancengleichheit für Schülerinnen und Schüler, Studentinnen und Studenten sowie Auszubildende.

Verantwortlich für die Umsetzung sind vorrangig die Bürgerinnen und Bürger aus den oben genannten Bereichen, die Bundesländer in Form der Kultusministerien, der Deutsche Bundestag und schließlich auch der Bundesgesetzgeber.
Denn wir benötigen in der deutschen Bildungspolitik ein harmonisiertes Bildungssystem.

Lernkultur: Individuelle Förderung im Fokus

- Wir fordern, dass die Bildungspolitik das Schulsystem zu einem Ganztagsmodell mit drei Lernbereichen/Umfeldern umbaut: gesteuertes Lernen mit verschiedenen Methoden vom Kind her denkend (reformierter Frontalunterricht); individuelles und begleitetes Lernen durch Lernspiele und digital gestütztes Entdecken; gemeinsames Lernen und Erleben in AGs, z. B. durch Vernetzung mit Vereinen, Betrieben, anderen Schulen usw.

- Wichtig für diesen Umbau des Schulsystems sind weitere Punkte, wie die Begrenzung der Klassengrößen auf max. 20 Schülerinnen und Schüler sowie die Erhöhung der Lehrpersonals auf zwei Lehrpersonen pro Klasse und den Aufbau eines multikompetenten Teams, beispielsweise bestehend aus Sozialpädagoginnen und -pädagogen, Erzieherinnen und Erziehern, Psychologinnen und Psychologen, Therapeutinnen und Therapeuten, IT-Expertinnen und -experten, Handwerkerinnen und Handwerkern sowie weiteren.

- Die Grundlage der individuellen Förderung besteht in der Erstellung von individuellen bedarfsgerechten Lehrplänen mit Freiraum zur Entfaltung der Eigenverantwortung von Schülerinnen und Schülern.

- Weiterhin empfehlen wir Deutsch-Eingangsklassen und Deutsch als Zweitsprache für alle Schulformen einzuführen, um allen Schülerinnen und Schülern gleiche Chancen zu bieten, tiefergehenden Zugang zu Kultur und Bildung zu ermöglichen.

- Zur Stärkung der Lehrerkompetenzen und Sicherstellung eines Anspruchsniveaus von Lehrenden braucht es ein einheitliches Qualitätsmanagement. Hierunter fallen verpflichtende Fortbildungen, Intervisionen oder Kenntnisse zu unterschiedlichen Lerntypen.

Unsere Forderung ist unverzichtbar, damit jedes Kind sich in seiner Individualität entfalten kann und seinen Platz in der Gesellschaft findet. Eine gute Lernkultur fördert und stärkt die Selbstständigkeit und das Vertrauen in die eigene Person. Jedes Kind soll am Ende seiner Schulzeit in der Lage sein, sein Leben autonom und selbstwirksam zu gestalten. Intrinsische Motivation wirkt stärker als extrinsische Motivation.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass unsere Gesellschaft das Potential aller mit ihren individuellen Fähigkeiten, Stärken, Begabungen und der Diversität braucht, denn Bildung ist die wertvollste Ressource Deutschlands!

Verantwortlich für die Umsetzung sind: Lehrerinnen und Lehrer, Schulleiterinnen und Schulleiter, das Bildungsministerium sowie die Kultusministerien.

Demokratie und Teilhabe an der Schule

Weil wir in einer Demokratie leben, ist die Möglichkeit zur aktiven Teilhabe an demokratischen Gestaltungsprozessen von frühester Kindheit an in allen Bildungseinrichtungen zu schaffen. Demokratie muss erfahren und erlernt werden, damit es Menschen gibt, die diese aktiv und selbstbestimmt mitgestalten. Dazu bedarf es des Herausbildens von kritischem Denken und gelingender Teilhabe.

Die Fähigkeit, eine konstruktive Streitkultur zu leben, Polarisierung und Radikalisierung entgegenzuwirken, setzt gegenseitige Achtung, Empathie, Entscheidungskompetenz und Toleranz von anderen Meinungen voraus. Diese Haltungen werden durch aktive Erfahrungen erst möglich. Deshalb muss Demokratiebildung ein ganzheitlicher Bestandteil jedes Bildungskonzepts sein.

Daher fordern wir, dass die Bildungspolitik ...

- einen verpflichtenden rechtlichen Rahmen schafft, um aktive Einflussnahme und Mitbestimmung altersgerecht an jeder Bildungseinrichtung zu garantieren;

- zeitliche Räume innerhalb des Bildungsalltags unter Aufbrechen des Stundenplanrasters schafft, um Demokratie zu erlernen und zu entwickeln;

- finanzielle Möglichkeiten schafft, um verpflichtende außerunterrichtliche Projekte und Exkursionen mit dem Ziel Demokratie durch Erleben zu erlernen;

- darauf hinwirkt, dass die gesamte Bandbreite politischer Partizipation in der Demokratie als Bildungsgut in allen Bildungseinrichtungen zu vermitteln ist. Das kann beispielsweise über Projektwochen von NGO's, politischen Ämtern, von Justiz, der Polizei und in Form von Bürgerforen und Planspielen umgesetzt werden;

- dafür sorgt, dass jede Bildungseinrichtung ein eigenes und ganzheitliches, jahrgangsübergreifendes Demokratiebildungskonzept entwickelt und umsetzt.

Verantwortlich für die Umsetzung sind vorrangig Bildungspolitiker/-innen und Schulaufsicht; die Kultusministerkonferenz: Rahmen (eine verpflichtende Einzelstunde im Lehrplan & Deputat in jedem Bundesland); die Bundesländer: Ausgestaltung & Finanzierung & Fortbildungsangebot; die Kommunen/Schulen: inhaltliche Ausgestaltung, konkrete Umsetzung.

Digitalisierung lernen

Digitalisierung prägt unser gesellschaftliches Leben und wird auch in Zukunft über wirtschaftlichen Erfolg entscheiden. Es ist unabdingbar, die Schülerinnen und Schüler von heute auf die neuen Anforderungen vorzubereiten.

- Wir fordern, dass Bildungspolitik die Voraussetzungen für digitale Bildung schafft. Das bedeutet unter anderem Zugang zu digitalen Endgeräten für alle Schülerinnen und Schüler nach Mindeststandards. Dafür ist eine grundsätzliche Netzanbindung erforderlich.

- Um den technischen Support und damit einen reibungslosen Ablauf des digitalen Schulalltags zu gewährleisten, müssen Planstellen für Medienberaterinnen und -berater an den Schulen geschaffen werden.

- Dazu sollen externe Fachleute aus Wirtschaft und Gesellschaft als Tutorinnen und Tutoren für Schülerinnen, Schüler und Lehrende einbezogen werden, damit sich Lehrerinnen und Lehrer auf ihre pädagogischen Aufgaben konzentrieren können.

- All das bedingt die Einführung eines neuen Schulfachs zur Steigerung der Medienkompetenz als Grundlage für Teilhabe und Orientierung im digitalen Zeitalter.

- Wir empfehlen eine bundesweite, einheitliche Bildungscloud, um grundlegende Lerninhalte browserbasiert bereitzustellen, und die Möglichkeit der Länder, ihre eigenen Lernkonzepte einzubringen.

Dies sind Grundbedingungen, um einen modernen, einfachen und schnellen Zugang zu Lerninhalten für alle zu ermöglichen und Chancengleichheit und Praxisorientierung zu garantieren.

Zudem ist es wichtig, einen dynamischen Prozess zu etablieren, um lebenslanges Lernen entsprechend der technologischen und gesellschaftlichen Entwicklungen möglich zu machen.

Aufgrund der dynamischen Veränderungen müssen die Anforderungen an Bildungsangebote schon im frühen Stadium der technischen Entwicklung ständig angepasst werden.

Für die Umsetzung unserer Forderungen sehen wir eine dreistufige Verantwortlichkeit. Bund: Schaffung und Betrieb der Bundescloud sowie Anbindung und Ausstattung der Schulen nach definierten Standards; Länder: Schaffung eines bundesweit einheitlichen Lernangebots inklusive dynamischen Erweiterungen; Regional: Auswahlentscheidungen des digitalen Lernangebots, Einbindung externer Tutorinnen und Tutoren.

Foto: Christoph Soeder

Stationen
Die Arbeit des Bürgerrats Bildung und Lernen 2021

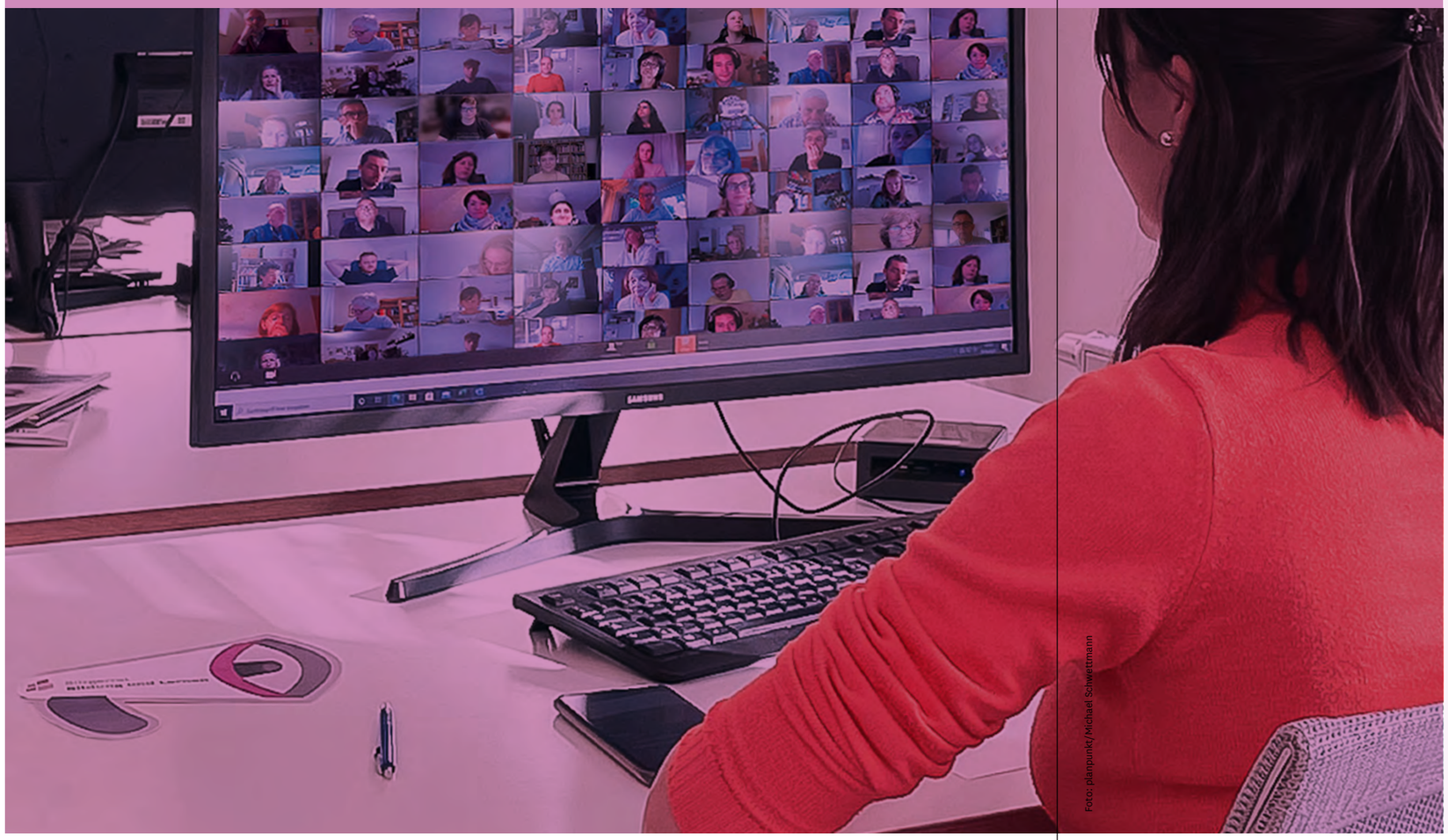


Foto: planpunkt/Michael Schwettmann

Oktober 2020 – Februar 2021

Öffentlicher Online-Dialog

Der erste Durchlauf des Bürgerrats Bildung und Lernen startete im Zeitraum Oktober 2020 bis Ende Februar 2021 mit einem öffentlichen Online-Dialog zum Austausch von Ideen. Auf der Webseite des Bürgerrats konnte sich jede Bürgerin und jeder Bürger an diesem Dialog beteiligen und etwas beitragen. Gesammelt wurden fast 100 Ideen zu einer großen Bandbreite an Themen.

März 2021

Digitaler Vorbereitungs-workshop

Am 19. und 20. März 2021 folgte ein digitaler Vorbereitungsworkshop mit 27 zufällig ausgewählten Bürgerinnen und Bürgern aus ganz Deutschland. Ihre Aufgabe: aus den im Online-Dialog gesammelten Ideen die Themenfelder für die weitere Arbeit im Bürger- und Jugendforum auszuwählen. Teilnehmende, Moderatorin und Moderator waren per Videokonferenz zusammengeschaltet und konnten sich im direkten Gespräch in vielseitigen Gruppenformaten austauschen. Abgestimmt wurden schließlich acht übergeordnete Themenausschüsse mit dazu gehörenden Leitfragen:

- Chancengleichheit
- Ressourcen und Ausstattung
- Digitalisierung
- Lehrkräfte und Erzieher/-innen im Fokus
- Demokratieförderung
- Bildungssystem – Harmonisierung und Vernetzung
- Individuelles, ganzheitliches Lernen und Lernkultur
- Stärkung der Bildungsakteure und ihre Zusammenarbeit

Mai 2021

Digitales Bürger- und Jugendforum

Nach einer weiteren Zufallsauswahl kamen am 29. und 30. Mai 2021 rund 350 bundesweit ausgeloste Bürgerinnen und Bürger im digitalen Bürgerforum zusammen, um über Probleme, Chancen und Lösungsideen für die Bildung zu diskutieren. Etwa 50 junge Menschen zwischen 16 und 27 Jahren trafen sich parallel dazu im digitalen Jugendforum.

Auf Basis der zuvor erarbeiteten Themenfelder aus dem Vorbereitungsworkshop entwickelten sie die Ideen rund um bekannte und auch neue Herausforderungen des Bildungssystems weiter: fehlende Chancengleichheit, Föderalismus, individuelles und lebenslanges Lernen, eine Öffnung und neue Gestaltung von Lehrplänen, das Einrichten von Unterstützungsangeboten und Gesundheitsförderung, mehr Teilhabe und Mitgestaltung in Schule und Bildungswesen, Evaluation, Finanzierung und natürlich Digitalisierung mit der immer wichtiger werdenden Vermittlung von IT- und Medienkompetenz. Erarbeitet wurden 50 Bürgervorschläge in acht Themenfeldern.

Bürger- und Jugendforum zeitgleich als Videokonferenzen durchzuführen, war eine Herausforderung, vor allem für die Technik. Es stand jederzeit ein Team im Hintergrund bereit, um die Moderatorinnen und Moderatoren bei der Durchführung, bei Abfragen und Gruppeneinteilungen sowie im Chat zu unterstützen. Plenum und Kleingruppen, Speed-Dating, Kaffeetische und Themenforen, Dialogrunden und Infomarkt – die Formate spiegelten die ganze Vielseitigkeit einer Präsenzveranstaltung.

Im Zentrum beider Foren standen Diskussionen in insgesamt 75 parallelen Kleingruppen mit je fünf Personen. Im Bürgerforum verteilten sich je acht Kleingruppen auf die acht Themenausschüsse, die im Vorbereitungsworkshop Ende März festgelegt worden waren. Durch Wechsel der Kleingruppen arbeiteten alle Bürgerinnen und Bürger in je drei Themenausschüssen mit. In jedem Ausschuss kamen so über 100 Menschen zu Wort. Das 50-köpfige Jugendforum konnte in zehn Kleingruppen Vorschläge zu Themenfeldern seiner Wahl entwickeln.

Erarbeitet wurden im Bürger- und Jugendforum insgesamt 50 gemeinsame Bürgervorschläge zur Zukunft des deutschen Bildungssystems. Sie beantworten Fragen wie: Was wollen wir wie erreichen? Wer sollte was tun? Warum ist uns das wichtig?

Sowohl im Bürgerforum als auch im Jugendforum gaben 95 Prozent der Teilnehmenden an, dass sich die Teilnahme für sie gelohnt hat, über 80 Prozent konnten sich vorstellen, sich im nächsten Schritt auch im Bürgerrat zu engagieren.

Die überwiegende Mehrheit der Teilnehmenden im Bürgerforum teilte eine gemeinsame Einschätzung: Viele Teile oder sogar das ganze Bildungssystem sind reformbedürftig.

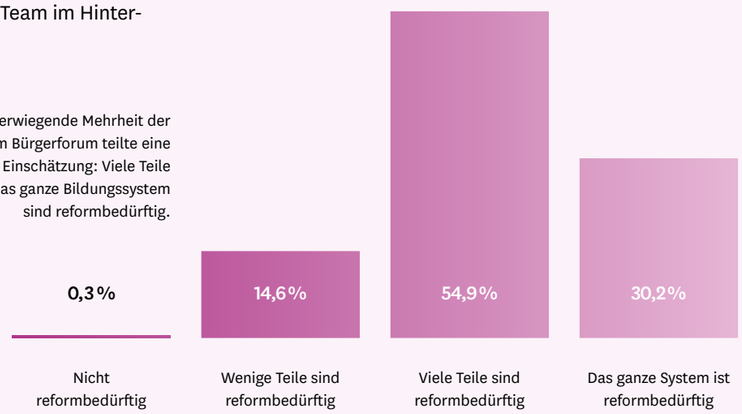


Foto: Michael Schwettmann

Juli-August 2021

Bürgervorschläge im Online-Voting

Die 50 Bürgervorschläge aus dem Bürger- und Jugendforum standen anschließend in einem Online-Voting zur Abstimmung. Im Schnitt stimmten 122 Bürgerinnen und Bürger pro Bürgervorschlag von Juli bis August 2021 ab.

Die Teilnehmenden konnten jeden Bürgervorschlag auf einer 5er-Skala bewerten: 1 stimme gar nicht zu – 2 stimme überwiegend nicht zu – 3 teils/teils – 4 stimme überwiegend zu – 5 stimme voll und ganz zu. Alle Abstimmenden stammten aus der Zufallsauswahl zum Bürger- und Jugendforum. Die durchschnittliche Zustimmung reichte von 3,54 bis 4,43 pro Bürgervorschlag.

Die Bewertungen aus dem Online-Voting dienten als zusätzliche Orientierung für die Arbeit und Diskussion in der ersten Sitzung des Bürgerrats Bildung und Lernen am 18. und 19. September 2021 in Berlin.

September 2021

Erste Sitzung des Bürgerrats

Am 18. und 19. September 2021 kamen 100 zufällig ausgewählte Bürgerinnen und Bürger aus ganz Deutschland zum ersten Mal als Bürgerrat in Berlin zusammen.

Zwei Tage lang diskutierten sie die 50 Vorschläge aus dem vorangegangenen digitalen Bürger- und Jugendforum und handelten die acht wichtigsten Schwerpunkte aus, die mit Priorität umgesetzt werden sollen. Sie bilden die Grundlage für das Sofortprogramm 2021.

Kinder und Jugendliche bringen eigene Ideen ein
Mit dabei waren auch Schülerinnen und Schüler unterschiedlicher Schulformen aus verschiedenen Bundesländern. Sie hatten im Sommer in fünf Schulwerkstätten diskutiert, was sie an ihrer

Schule, ihrem Lernalltag und an Schule im Allgemeinen verbessern würden. Aus jeder der Schulwerkstätten waren jeweils zwei Botschafterinnen und Botschafter in Berlin, um die gemeinsamen Ideen in den Bürgerrat einzubringen.

Erster Austausch mit der Politik
Im Rahmen verschiedener Tischrunden formulierten die Beteiligten ihre Empfehlungen zu den Schwerpunktthemen mit konkreten Forderungen an die Bildungspolitik. Das Abschlusspanel fand im sanierten Lesesaal des Hauses unter den Linden der Staatsbibliothek statt. Fünf bildungspolitische Sprecherinnen und Sprecher der Berliner Landesparteien und ein Vertreter des Landesvorstands seiner Partei waren auf Einladung des Bürgerrats gekommen, um sich einer kurzen Diskussion mit den Teilnehmenden zu stellen.

Es wurde deutlich, wie wichtig den Bürgerräten die Umsetzung ihrer Empfehlungen ist. Die anwesenden Politikerinnen und Politiker waren sich einig: Sie befürworten den Bürgerrat. Alle boten an, für weitere Gespräche zur Verfügung zu stehen und ermutigten die Anwesenden, ihre Anliegen mit Nachdruck an die Politik heranzutragen.

Oktober 2021

Redaktionssitzung

Aus fast 50 Freiwilligen hatte der Bürgerrat in Berlin 20 Botschafterinnen und Botschafter ausgelost, um im nächsten Schritt die Redaktionsarbeit für den Bürgerrat zu übernehmen.

Ihre Aufgabe: aus den gesammelten Vorschlägen konkrete Empfehlungen an die Politik formulieren. Am 8 und 9. Oktober 2021 kam die Gruppe in Fulda zur Redaktionssitzung zusammen. In neun Teams erarbeiteten sie aus sehr unterschiedlich strukturierten Texten und Vorlagen eindeutige Botschaften – und versuchten dabei, den Input möglichst unverändert und vollständig abzubilden.

Die Arbeit in den Teams bedeutete auch, sich noch einmal auf andere Perspektiven einzulassen: Nicht alle hatten vorher an dem Thema gearbeitet, das sie nun gemeinsam ausformulierten. Nicht alle hatten vorher schon mit den Menschen zusammengearbeitet, mit denen sie jetzt am Tisch saßen.

So divers wie die Berufe, Wohnorte und Gründe für die Beteiligung im Bürgerrat waren, eine Gemeinsamkeit zeigte sich auch in Fulda: Die Überzeugung dass das Bildungssystem auch jenseits von Corona-bedingten Problemen Veränderungen braucht.

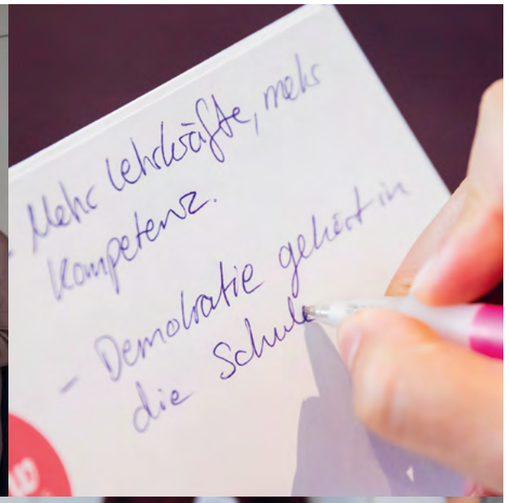
In der Schlussrunde war es einem Großteil der Teilnehmenden vor allem wichtig, zu fragen: Wie geht es weiter im Bürgerrat? Wie können wir uns in Zukunft weiter engagieren?

November 2021

Der Bürgergipfel

Weiter geht es am 19. November 2021: Auf dem Bürgergipfel in Berlin beraten 50 Bürgerinnen und Bürger des Bürgerrats ihre Forderungen mit Vertreterinnen und Vertretern der Politik aus Bund, Ländern und Kommunen. Dabei sind auch viele der 20 Botschafterinnen und Botschafter aus dem Redaktionsteam.

Die Ideen sind auf den Weg gebracht, der Bürgerrat lernt und arbeitet weiter – zusammen mit vielen engagierten Menschen, die sich für Bildung und Lernen in Deutschland stark machen.



Fotos: Christoph Soeder

Zufallsauswahl der Bürgerinnen und Bürger

Wie kommen die Menschen zusammen, die an den verschiedenen Stationen des Bürgerrats Bildung und Lernen mitwirken?

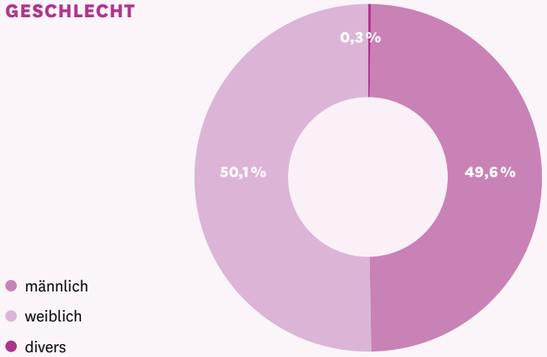
Das Sozial- und Marktforschungsinstitut dreifakt aus Erfurt hat hierzu im Zeitraum von März bis Mai 2021 eine Zufallsauswahl auf zwei verschiedenen Wegen durchgeführt.

- eine telefonische Zufallsstichprobe mit 47.828 Festnetz- und Mobilfunknummern aus ganz Deutschland,
- eine Zufallsauswahl mit 19.156 Postwurfsendungen an zufällig gezogene Stichproben von Einwohnermeldeämtern zwölf mittelgroßer Städte – mit einem Schwerpunkt auf die junge Generation von 16 bis 30 Jahren.

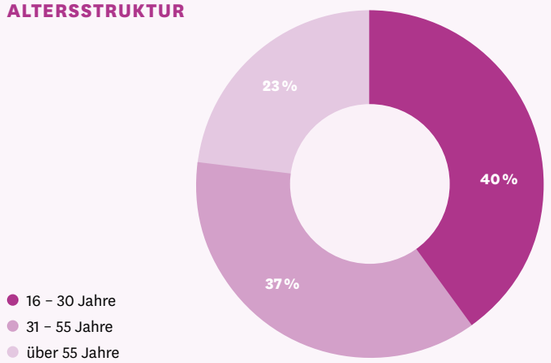
Beide Verfahrenswege basierten auf sozio-demografischen Kriterien, um eine vielfältige Zusammensetzung des Bürgerrats nach Geschlecht, Alter, Bildung und Regionen zu erreichen und viele unterschiedliche Perspektiven abzubilden. Ziel war ein Querschnitt der Bevölkerung, kein repräsentatives Abbild.

Zusammen mit 2.161 Interessenten aus der telefonischen Zufallsstichprobe hat dreifakt insgesamt 21.317 Personen angeschrieben oder angemailt. 702 oder 3,3 Prozent davon haben ihre Teilnahme am Bürgerrat Bildung und Lernen zugesagt. Die Geschlechterverteilung unter den Zusagen war nahezu repräsentativ.

GESCHLECHT



ALTERSSTRUKTUR

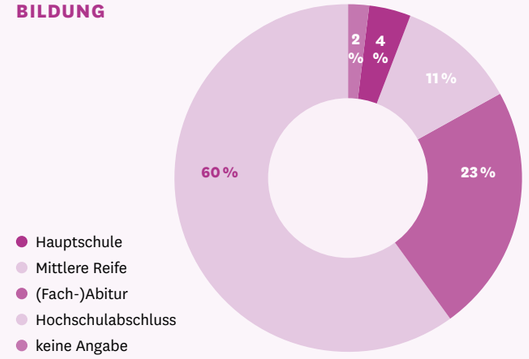


Bei der Altersstruktur gab es einen Überhang junger Menschen von 16 bis 30 Jahren. Aus diesem Grund konnte das digitale Jugendforum parallel zum Bürgerforum Ende Mai stattfinden; außerdem war die junge Generation auch im Bürgerforum vertreten.

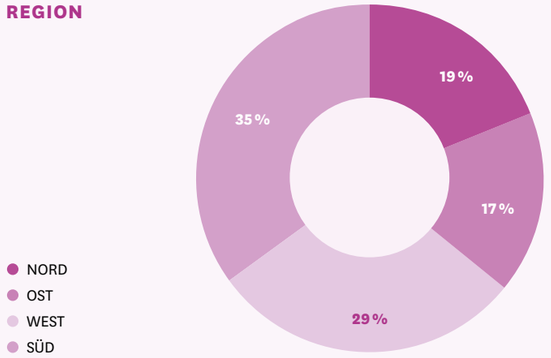
Bei den Bildungsabschlüssen ergibt sich das für Bürgerdialoge bekannte Muster mit einem deutlichen Überhang von Menschen mit Hochschulabschluss.

Aus allen Bundesländern kamen Zusagen für den Bürgerrat. Dadurch ergab sich eine ausgewogene Verteilung nach den 4 großen Regionen in Deutschland. Der Norden mit Bremen, Hamburg, Niedersachsen sowie Schleswig-Holstein und der Süden mit Bayern und Baden-Württemberg waren leicht überdurchschnittlich vertreten.

BILDUNG



REGION



Alle Teilnehmenden des Bürgerrats Bildung und Lernen 2021

Immanuel Abendroth • Patrick Aberle • Helmut Ackermann • Charlotte Ackva • Maximilian Aldick • Simone Allner • Heiderose Altmann • Miriam Amalo • Sophie Anklam • Catrin Antefuhr • Hiromi Arai • Viviane Celestyne Arany • Marc Arnold • Leonie Arzet • Fatiha Astaoui • Sabine Auschra • Charlotte Auth • Robin Balzereit • Meike Bartels • Sean Barth • Teresa Bawa • Oliver Bayer • Bernd Becker • Julia Beisel • Volker Berg • Josef Bernhardt • Philip Betten • Christin Bischoff • Patrick Bitterwolf • Ramona Blank • Matthias Bohlen • Natascha Böhm • Helge Böhme • Olga Bonin • Keno Boomgaarden • Karin Born • Björn Böschel • Thomas Böttiger • Barbara Boudon • Elke Brandes • Jasmin Brechtel • Anna Breitenstein • Felicia Bretscher • Ulrike Brodersen • Sabrina Brzoska • Bente Bues • Bernd Bulang • Leon Burghardt • Diana Burstejn • Andreas Buschak • Jonah Butera • Barbara Campe • Sönke Carow • Nicolas Christ • Conny Coenen Bernhardt • Lina Dacher • Volker Damm • Florian Daumüller • Luca Deck • Haike Diefenbacher • Silke Distler • Marie-Christin Dittmann • Isolde Dold • Heiko Donat • Gerhard Donth • Dr. Brigitte Halford • Dr. Marion Höfner • Dr. Christine Noe • Katrin Dressler • David Dworaczek • Horst Ebert • Jakob Edler • Jonas Ehrhard • Anke Einecke • Ece Ergün • Viktoriya Ermolenko • Nils Erwes • Ali Esam Elwasite • Tommy Fahrenson • Veronika Failer • Peter Feierlein • Manuela Feik • Holger Fenzl • Christian Feurer • Peter Fischer • Laura Frank • Ulrich Franz • Katharina Fredrickson • Moritz Freytag • Josef Frick • Gregor Friedel • Julia Friedmann • Dennis Friedrich • Marlo Friedrich • Anja Fritze • Dr. Matthias H. Fröhlich • Timmi Marcel Fromme • Lydia Fuchs-Selders • Katharina Fuhlrott • Sascha Fularzik • Maya Gausmann • Lars Geest • Arne Gemeinholzer • Maria Georgi • Javad Ghodratpour • Gabriel Glaser • Bertram Göhring • Lena Goldhammer • Jörn Goralczyk • Patricia Sophie Göttsche • Katharina Götz • Ana Groh • Isabel Grönert • Michél Grosch • Anne-Luise Groß • Dominik Groß • Christian Gundlach • Deborah Günther • Elli-Luise Haag • Astrid Haas • Jasmin Häberle • Jochen Hagemeier • Julia Hahn • Jule Halbach • Judith Hankes • Marlene Harney • Heike Hartung • Thomas Harz • Johannes Hase • Stefan Heinz • Christian Heinze • Donna Hejaziv • Lukas Herok von Garnier • Annika Hertwig • Fabian Herzig • Daniel Heuken • Nils Hildebrand • Marc Hoffmann • Anna-Lena Hoh • Pitt Höher • Ingelore Holz-Kübert • Christopher Hommel • Mirjam Höneß • Paulina Hornung • Maria Höver • Chris Hübsch • Johanna Humburg • Jonas Hummel • Annemarie Imgraben • Ramin Jamali • Beate Jaskolla • Elia Jonas • Maximilian Just • Peter Kaiser • Frank Kaminski • Holger Kapp • Rüdiger Kasparek • Jens Kaufhold • Torben Keil • Christoph Kesselhut • Tobias Klein • Eva Klemke • Petra Klotz • Dennis Knappkötter • Charlotte Knopf • Lore Koerber-Becker • Birgit Kohl • Nina Kolodzeike • Niklas Könnecke • Lisa Körner • Diethild Kornhardt • Tim Kötteritzsch • Joachim Kottmann • Lissia Kraft • Marcel Krammer • Max Krause • Tobias Krebs • Marvin Krüger • Siegfried Kühbauer • Meike Kühne • Hannes Kühner • Franziska Kunsmann • Rainer Landich • Kristina Latsch • Ulf Lauenroth • Jakob Lehner • Gundel Lehnhardt • Cornelia Lenzner • Marliese Leuschner • Julia Link • Monika Löhr • Rahel Lorch • Tobias Lörch • Sebastian Lübke • Jakob Lüdtke • Peter Lurz • Niklas Maier • Brigitte Maier-Nierer • Ursula Manderscheid • Raphaela Mano • Robin Masser • Jule Maßmig • Nan Matthias-Wang • Tobias Maulhardt • Martina Mayer • Yvette Armelle Mbia • Caroline Meinke • Alexandra Mentzel-Lang • Michelle Menzerath • Günther Meyer • Ulrich Mingram • Wilhelm Mixa • Lea Morgenstern • Ann-Katrin Müller • Ernst-Wilhelm Müller • Felicitas Müller • Karin Müller • Lisa Müller • Bettina Münzer • Timo Muscheid • Jonas Naumann • Edvard Nemie • Charlotte Nennecke • Margarete Neuhaus • Doreen Nguyen • Manfred Nielson • Joshua Nneji • Sepideh Norozpour • Tobias Noskow • Hertha Nötzold • Angelika Oettinger • Nesrin Ög • Elif Oktas • Leonie Otte • Richard Pape • Ulrike Parmentier • Norbert Paulus • Petra Paulus • Rosa Penschuck • Jan Petersen • Monique Petzold • Georg Pickel • Günter Pietzko • Carsten Pitsch • Boris Plehn • Lia Pollmann • Johannes Pölzl • Jan Potthast • Nico Preikschat • Patricia Rademacher • Sabine Rath-Schamo • Melanie Rehm • Sabrina Rein • Agnes Reiner • Roy Rempt • Sophia Resch • Helmut Reuter • Wilhelm Robyns • Barbara Rodriguez Carstens • Andrea Rohrberg • Thorsten Rollny • Katharina Roos • Alexander Roth • Laura Rothenbucher • Silke Rotter • Rebekka Rupprecht • Kilian Safarik • Maria Sala Archelos • Heidrun Saß-Schreiber • Vanessa Schaadt • Christian Schad • Sylvia Schaffelhofer • Carl Schaffer • Kristin Scharf • Eckart Schenk • Felix Scherhag • Sandro Scherrers • Christoph Scheuing • Hans-Josef Schiffgens • Florian Schleidgen • Sven Schmeisser • Daniela Schmidt • Elisabeth Schmidt • Gabriela Schmidt • Marvin Schmidt • Jan Patrick Schneider • Max Schneider • Pascal Scholz • Martin Christian Schramm • Ellen Schröder • Stefan Schulenkorf • Dieter Schulz • HIlde Schulz • Reinhardt Schulz • Vanessa Schulz-Beiss • Claudia Schumacher • Leander Schwarznecker • Bettina Schwerthöffer • Robert Schwetz • Cynthia Seidel • Jasmin Seidl • Yvonne Seifert • Claudio Shah • Juliane Simonis • Maximilian Skrenkovic • Tibor Skrzydlo • Anna Smutek-Hildebrandt • Annegret Sock • Teresa Sotelo • Katja Stadler • Paul Stangel • Andrea Stapel • Maximilian Stapf • Rieke Steiner • Aurel Steinert • Thomas Stern • Detlef Steuer • Renate Stiehler • Stephanie Stilke • Marleen Stoll • Gabriele Strehlau • Armin Stroß-Radschinski • Udo Stumm • Judith Sturm • Annika Sturm • Sinem Tasdemir • Sarah Teuber • Caroline Thonet • Silvia Tietz • Shivam Tokhi • Slavko Tomcic • Johannes Tran-Gia • Edith Trescher • Ursula Tuncer • Tabea Uhlig • Niels Unverdorben • Kilian van Zwoll • Karolin Venzke • Stefan Vollmer • Felix Voß • Julius Wachsmuth • Pia Weber • Sarai Weber • Lucie Weber • Barbara Wehr • Christopher Wehrenberg • Otto Weidner • Christian Weiß • Francesca Weiß • Johannes Weißenberger • Gabriele Wengler • Emily Werner • Rudi Werner • Markus Wesche • Michael Wetterer •Horst Wetzel • Laura Wieland • Tina Wiese-Wahls • Simon Witte • Janina Wittwar • Karol Wodzynski • Florian Wolf • Gabriele Wototschek • Gerlinde Wynands • Serpil Yilmaz • Jasmin Zahlmann • Norbert Zangl • Andreas Zech • Vikram Ziegler • Rene Zillmann • Stefan Zilm

IMPRESSUM

*** Hinweis der Herausgeberin**
Die Texte des in dieser Broschüre abgedruckten Sofortprogramms und das Selbstverständnis wurden, abgesehen von kleinen redaktionellen Anpassungen, im Original übernommen. Die Anpassungen umfassen: Veränderung weniger Begriffe, um einzelne Textpassagen leichter verständlich zu machen, Aufteilung einzelner Sätze für den besseren Lesefluss, einheitliches Gendern, Formatierung innerhalb der Texte (ohne Umstellung) und Rechtschreibkorrekturen.

Alle Zwischenergebnisse aus den einzelnen Stationen finden sich zum Download unter:
www.buergerrat-bildung-lernen.de

Bürgerrat Bildung und Lernen
Sofortprogramm 2021
Bonn, 2021

Montag Stiftung Denkwerkstatt
Gemeinnützige Stiftung
Raiffeisenstraße 3
53113 Bonn

Texte
Redaktionsteam (Sofortprogramm und Selbstverständnis)
Angelika Best, Philip Betten, Florian Daumüller, Silke Distler, Heiko Donat, Celina Dornberg, Brigitte Halford, Stefan Heinz, Christian Heinze, Holger Kapp, Peter Lurz, Kamran Muhammad, Leonie Otte, Heike Silke Paashaus, Maria Sala Archelos, Sven Schmeisser, Cynthia Seidel, Edith Trescher, Julien Michele Werner, Gerlinde Wynands

Weitere Texte und Redaktion
Montag Stiftung Denkwerkstatt: Pauline John, Sabine Milowan, Gerhard Wolff
IKU_Die Dialoggestalter: Andreas Kleinsteuber
planpunkt: Elena Brenner, Stephan Tarnow
Freie Mitarbeit: Caroline Eckmann

Grafik und Layout
Cream. Büro für Gestaltung, Köln

www.buergerrat-bildung-lernen.de
www.montag-stiftungen.de

Wir danken der Staatsbibliothek für die freundliche Einladung im Rahmen des Bürgerrats am 18./19. September 2021 in Berlin.

Foto: Christoph Soeder